

A. Offizielles Praktikantenprogramm

- feste Zeiträume (März bis Juli sowie Oktober bis Februar)
- bezahlt
- Formularbewerbung
- möglich bei der Direktion Wissenschaftlicher Dienst und Dokumentation, im Presse- und Informationsdienst und in der Generaldirektion Übersetzung (dort übersetzen ausschließlich Juristen)

Nähere Informationen und Bewerbungsformular unter
http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_7008/praktika

B. Praktika im Kabinett eines Mitglieds

28 Richter am EuGH

47 Richter am EuG (ab September 2019: 56)

11 Generalanwälte am EuGH

- jederzeit in Absprache mit dem jeweiligen Mitglied möglich; Dauer in der Regel zwischen 3 und 6 Monaten
- unbezahlt, daher idealerweise als Station ins Referendariat einzubauen
- Bewerbung informell direkt beim jeweiligen Mitglied (Anschreiben mit Begründung und tabellarischer Lebenslauf). Die Namen der Mitglieder können auf der Internetseite des Gerichtshofes www.curia.europa.eu in Erfahrung gebracht werden.* Schema für Email-Adressen: Vorname.Nachname@curia.europa.eu
- Voraussetzungen: mindestens gute französische **Sprachkenntnisse** mündlich und schriftlich (es wird – außer bei einigen Generalanwälten – ausschließlich auf Französisch gearbeitet); gute Englischkenntnisse sind außerdem von Vorteil, da in einigen Kabinetten Englisch Verkehrssprache ist. **Kenntnisse im Europarecht**, wenn möglich durch Spezialisierung (Wahlfachgruppe, einschlägiger Masterstudiengang) dokumentiert.

* Natürlich bieten sich Praktika bei den deutschen Mitgliedern besonders an, aber eine Bewerbung ist in allen Kabinetten möglich und durchaus nicht aussichtslos. Es ist zwar davon auszugehen, dass viele Mitglieder Bewerber aus ihren eigenen Ländern bevorzugt berücksichtigen, aber in einigen Ländern fehlt es an geeigneten Kandidaten. Besonders aussichtsreich ist daher eine Bewerbung bei Mitgliedern aus Ländern mit geringer Bevölkerungszahl und potentiell wenigen Französisch sprechenden Kandidaten, d.h. Irland, Dänemark, Finnland, Malta und die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Polen und Rumänien.